

# Kostenloses Busfahren: Zweiter Anlauf

Rot-Grün fordert 2021 Umsonst-Beförderung an vier Samstagen / 30 Anträge für Haushalt

Von Rainer Breda

**Hildesheim.** Es war eigentlich beschlossene Sache: Bereits in diesem Jahr sollte der Stadtverkehr an vier Samstagen im Jahr seine Kunden probeweise umsonst befördern, 40 000 Euro hatte der Rat 2019 dafür auf Vorschlag von SPD und Grünen eingesetzt. Doch passiert ist bislang nichts, die Verwaltung hat rechtliche Bedenken. Für Stephan Lenz, den finanzpolitischen Sprecher der SPD, sind das „Ausflüchte“: Und so machen sich die Sozialdemokraten, die Grünen und wohl auch die Linken dafür stark, das Geld im Haushalt 2021 erneut einzusetzen.

Am Montag, 21. Dezember, verabschiedet der Rat den Etat, Rot-Grün will zum Verwaltungs-

entwurf rund 30 Anträge einbringen. Neben dem kostenlosen Bus-Samstag zählen dazu zwei weitere unerledigte Themen aus diesem Jahr: Die Verwaltung soll in Gesprächen mit dem Landkreis die Planung für den Neubau des Schulbiologiezentrums anschieben und endlich das überfällige „Konzept für bezahlbares Wohnen“ erarbeiten – eine Herzensangelegenheit von Volker Spieth, dem finanzpolitischen Sprecher der Grünen. Anders als von Oberbürgermeister Ingo Meyer vorgeschlagen, sollen weder der Investitions-Fonds für die Kultur noch der für die Außerschulische Bildung und Soziales gekürzt werden (der OB möchte die Töpfe um je 20 000 Euro kürzen). Für die Öffentlichkeitsarbeit fürs Fahrradfahren wollen



**Der Stadtverkehr soll 2021 an vier Samstagen seine Fahrgäste umsonst befördern – das fordern SPD und Grüne erneut.** FOTO: WERNER KAISER

SPD und Grüne ebenfalls mehr Geld als die Verwaltung ansetzen – konkret 10 000 Euro zusätzlich.

5000 Euro möchte Rot-Grün als Planungskosten für einen behindertengerechten Weg zwi-

schen Greifswalder Straße und Bromberger Straße im Etat sehen, sämtliche neuen Dienstautos im Rathaus sollen E-Fahrzeuge sein. Die Verwaltung soll bis zum Sommer ermitteln, was die Sanierung des Bismarckturms kostet. Wie bereits berichtet, fordern SPD und Grüne außerdem CO2-Ampeln in Schulen, einen Zuschuss zur Rettung des Theaterhauses und die Aufstockung des Radverkehr-Etats – über die genaue Höhe verhandeln Politik und Verwaltung noch.

Aus Haushaltsresten für 2020 sollen das Frauennetzwerk Antonia und die psychosoziale Krebsberatungsstelle der AWO einmalig je 5000 Euro erhalten – beide hatten den Politikern gegenüber erklärt, ihre Existenz sei ansonsten gefährdet.